AUS MEINEM BÜCHERSCHRANK 21.03.2016 | Ulrike Guérot

Sollbruchstellen

Warum die deutsch-französischen Beziehungen auf einem Tiefstand sind.



Jean-Luc Michéa: Das Reich des kleineren Übels. Über die

liberale Gesellschaft, Matthes & Seitz, 2014

Wenn man die Bemerkungen des französischen Ministerpräsidenten Manuel Valls kurz vor dem EU-Gipfel Mitte Februar 2016 aufmerksam studiert, ist der fast offene Bruch der deutsch-französischen Beziehungen kaum noch zu ignorieren. Daher ist es an der Zeit, sich den deutsch-französischen Beziehungen und mithin einigen französischen Büchern zuzuwenden, die vielleicht eine Erklärung dafür bereithalten.

Da ist zunächst das Aufkommen des Front National (FN), der zu einer ernsthaften Bedrohung des französischen Parteiensystems geworden ist. Pascal Perrineau erklärt in La France au Front, warum der FN unter anderem vor allem bei Jugendlichen zwischen 2012 und 2015 rund 15 Prozentpunkte hinzugewinnen konnte und warum immer mehr Frauen den FN wählen. Der Aufstieg des FN ist im Zusammenhang mit der Euro-Krise zu sehen, die zu enormen sozialen Verwerfungen in Frankreich geführt hat. Diese, so argumentiert Jean-Luc Micheá in seinem brillanten Buch „Das Reich des kleineren Übels“, sei auch in einem falsch verstandenen Liberalismus zu suchen. Er meint damit eine Politik, die immer mehr Menschen in Konkurrenz zueinander setze. Ferner leide Frankreich an einem Verlust der „Republik“ als gesellschaftlicher Organisationsform und einem Bewusstsein für das Öffentliche schlechthin. Dass den westlichen Demokratien, in denen sich (fast) alles nur noch um Geld drehe, wesentliche anthropologische Begriffe wie Ehre, Scham und Stolz abhandengekommen seien sowie ein grundsätzliches Verständnis von Anstand und gesundem Menschenverstand, sei das Grundübel eines heute pervertieren Liberalismus-Verständnisses.



Wolf Lepenies: Die Macht am Mittelmeer. Französische Träume von einem anderen Europa, Hanser 2016.

Diese Perversion, so der französische Philosoph Etienne Balibar, beruhe maßgeblich auf der Tatsache, dass man das Mantra der Französischen Revolution, den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ nicht mehr beachtet habe: wahre Freiheit sei ohne Gleichheit nicht denkbar. Beide Begriffe gehörten inhärent zusammen. Dies drückt Balibar durch die Zusammenziehung beider Wörter aus: Gleichfreiheit.

Wer nachvollziehen will, wie ähnliche Debatten über das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit schon in der frühen Neuzeit stattgefunden haben, der sei auf den Sammelband von Olaf Asbach verwiesen. Darin belegt der Politikwissenschaftler anhand

von Interpretationen von Texten von Johann Gottlieb Fichte, Immanuel Kant, Jean-Jacques Rousseau oder Adam Smith historisch überzeugend, dass der freie Handel – le doux commerce – nicht selten in die Unfreiheit und Ungleichheit geführt hat. Diese Texte und ihre historische Kontextualisierung sind eine erfrischende Lektüre, um heutige Debatten etwa über das Freihandelsabkommen TTIP noch einmal ganz neu zu beleuchten und damit auch die Frage zu stellen, welchen gesellschaftlichen Preis der Freihandel hat.

Alle Bücher und ihr „intellektuelles Rumoren“ zusammengenommen, ist man dann am Schluss nicht mehr überrascht, dass es große Sollbruchstellen zwischen Deutschland und Frankreich gibt, wie Wirtschaftsordnungen beschaffen sein sollten, welche soziale Kontrolle wir für die Märkte bräuchten, wie Deutschland und Frankreich unterschiedlich mit dieser Frage umgehen – und warum das zunehmend zur Belastung der deutsch-französischen Beziehungen, wie Wolf Lepenies es beschreibt, und damit zu einer Gefahr für Europa wird.



Ulrike Guérot
Berlin

Dr. Ulrike Guérot ist Gründerin und Direktorin des European Democracy Lab an der European School of Governance (eusg) in Berlin und lehrt an der Donau-Universität Krems (Österreich). Zuvor leitete sie von 2007 bis 2013 das Berliner Büro des European Council on Foreign Relations (ECFR)

12 LESERBRIEFE

Andrea aus+Bremen schrieb am 22.03.2016

Nö, finde ich nicht, dass es da irre Unterschiede gibt. Auch in Deutschland wird der Ruf nach einer Rückkehr zum Sozialen in der Sozialen Marktwirtschaft immer lauter. Und die sich ständig weiter öffnende Schere zwischen kleinen und großen Einkommen ist für immer mehr Menschen ein nicht länger hinnehmbarer Skandal. An dieser Stelle ist wohl auch die Forderung zu verorten, dass mit einem intelligenten Integrationsprogramm für Zuwanderer auch ökonomische Verbesserungen für die Mehrheitsgesellschaft gedacht und umgesetzt werden müssen. Eine klare Forderung zu einer neuerlichen Umverteilung von oben nach unten - und wider den Neoliberalismus. Da muss jetzt einfach mal mehr Schmackes dahinter.

Kowolski schrieb am 22.03.2016

Eine kluge Analyse
Überall wo die neoliberalen „Eliten“ die politische und ökonomische Agenda bestimmen nimmt der Existenz- und Konkurrenzdruck der abhängig Beschäftigten incl. prekär beschäftigten „Freiberufler“ weiter zu. Mit dem Stimmzettel bei den Altparteien können sie nichts daran ändern, sie wenden sich neuen Parteien zu oder werden

Nichtwähler. Frankreich steht vor großen sozialen und ökonomischen Problemen. Wenn sie, wie jetzt offenkundig wird, wieder nur neoliberal angegangen werden, dann wird es massive Proteste geben. Wo das dann politisch endet weiß ich auch nicht, aber sicher nicht im demokratischen Paradies. Frankreich ist für die EU und den EURO "systemrelevant". Wenn die Entwicklung dort scheitert sind die Probleme in Griechenland und Syrien für uns plötzlich ganz klein.

Moritz Brake schrieb am 22.03.2016

Sehr geehrte Frau Guérot,
vielen Dank für den sehr gelungenen literarischen Überblick. Zwei Buchbestellungen habe ich schon auf den Weg gebracht. Das Thema beschäftigt uns tatsächlich in vielerlei Facetten auf beiden Seiten der deutsch-französischen Freundschaft. Aktuell habe ich es auch intensiv mit französischen Freunden diskutiert. Das sehr dominante Auftreten Deutschlands in der Euro-Krise wird hier sehr kritisch gesehen. Wir Deutschen haben mit unserer Austeritätspolitik unseren französischen Freund Hollande gleich zu Beginn von dessen Amtszeit eiskalt auflaufen lassen. Abgesehen von

einer notwendigen Diskussion über die Meriten unterschiedlicher Wirtschaftspolitik, liess hier unsere Solidarität sehr zu wünschen übrig.
Herzliche Grüße aus Paris
Moritz Brake

Ullrich Walter schrieb am 23.03.2016

Frankreich hat es doch versäumt, in den letzten 30 Jahren, ernsthafte Reformen des Wirtschaft,- Fiananz,- und Sozialsystem vorzunehmen. Daran krankt es doch und dies ist auch jeder frz. Regierung bekannt. Sein absoluter Zentralismus ist genauso ein Hindernis in einer ernsthaften Umgestaltung. Daher ist besser darüber streiten, als über ein Bruch in den Beziehungen. Diese Beziehungen gründen auf andere Fundamente, als die Autorin weiss machen möchte.

Heinrich Triebstein schrieb am 23.03.2016

Die Demonstrierenden gegen die -gidas waren - außer in Dresden - durchweg zahlreicher als ihre Anhänger und Mitläufer. Eben diese Mehrheit sehe ich in der Pflicht zu sagen, WOFÜR sie ist. Gewählte schwören, Schaden

vom Volk zu wenden und seinen Nutzen zu mehren. Das Grundgesetz will Menschenwürde, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Sozialpflichtigkeit des Eigentums, ermöglicht Enteignungen. Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, NICHT von dem Einen Prozent. Recht auf Widerstand, Schutz der natürlichen Umwelt und der Tiere. DAFÜR auf die Straße zu gehen, würde der großen Koalition der kleinen Themen das Aussitzen verleiden und ihr Beine machen. Wo sind in D und F die Corbyns und Sanders? Oder ist "Democracy in Europe Movement25" eine Chance?

Dr.Wolfgang Weinz schrieb am 23.03.2016

Kann Herrn Ullrich Walter nur Zustimmung. Hier liegen die eigentlichen Probleme, welche gesamteuropäisch noch lange nicht gelöst sind und die Zugkraft der deutsch-französichen Partnerschaft empfindlich schwächen. Ein ökonomischer und sozialer Ausfall Frankreichs - der immer noch möglich ist - wäre das Ende der EU. Diese Realitäten sind in unserer Zeit wichtiger als "Befindlichkeiten".

U.Walter schrieb am 23.03.2016

Vielen Dank Dr. Weinz. Die deutsch-Französischen Beziehungen sind das Fundament der EU. Wir Deutsche könnten es am allerwenigstens verkraften, wenn Frankreich ausfällt, genauso ist es anderum. Nur die beiden größten Staaten und Volkswirtschaften können Europa voranbringen. Siehe tandem schmidt und d´Estang, Kohl-Mitterrand, Schröder -Chirac, Merkel-Sarkozy und Hollande.

Thomas Fricker schrieb am 25.03.2016

Die Eurokrise habe zu sozialen Verwerfungen geführt? Wohl eher die aus einer falschen Wirtschaftspolitik resultierende Überschuldung und damit Abhängigkeit von Finanzspekulationen. Und "Gleichfreiheit" als Voraussetzung allen Wohls? Dann hätten wohl F und D seit jeher im Elend leben müssen, denn das gab es nie. Übrigens hat in den vergangenen Jahren - in D - nicht einmal mehr die Einkommensungleichheit zugenommen, allen Unkenrufen zum Trotz. Gleichwohl: Dass Deutsche und Franzosen vieles sehr verschieden sehen, stimmt - und ist in diesem Ausmaß bedenklich. Nur

sollten beide Seiten ehrlich diskutieren.

Felix schrieb am 29.03.2016

Deutsche Wirtschaftshegemonie und entsprechende Belehrungen sind nicht nur für Frankreich, sondern auch für andere Partnerländer nur schwer zu ertragen. Der neoliberale Pfad - geplante Ungleichheit und Vertiefeung der ökonomischen und sozialen Differenzen - führt in die Sackgasse, wenn es keine abgestimmte europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt, die diesen korrigieren könnte. Da dies vor allem das sparwütige Deutschland nicht will, ist die EU in der Sackgasse und wird bei den meisten europäischen Gesellschaften immer mehr an Glaubwürdigkeit verlieren. Die EU ist Auslaufmodell, ganz gleich, ob sich Frankreich und Deutschland aufeinander zu oder voneinader weg entwickeln. Die Messen sind gelesen, das Nationalstaatemodell obsiegt!

Theobald schrieb am 30.03.2016

Wie kann man bei Meinungen von Meinungen der Deutschen und der Franzosen sprechen? In Deutschland wie in Frankreich gibt es sehr unterschiedliche

Auffassungen wie Gesellschaft organisiert werden sollte. Wenn es derzeit eine Bruchline/starke Differenzen zwischen deutscher und franzoesischer Politik gibt, so liegt dies insbesondere an der grossen Koalition in Deutschland, die zu sehr auf liberale Wirtschaft setzt und zu wenig auf soziale Absicherung der Bevoelkerung. Welche Politiker bieten eine Alternative zu TTIP?

U.Walter schrieb am 31.03.2016

Eine kurze Bemerkung:
Die Angst von CETA und TIPP ist genauso, wie die Angst vor Flüchtlingen. Auch vererhrter Theobald, lese ich das bei Ihnen. Fragen Sie doch mal, wie Gesetze gelesen werden. TIPP ist das erste große Gesetz, was a) gelesen wird und b) diskutiert wird. Sooft gab es dies in Vergangenheit nicht. Insofern ist TIPP keine Angst, sondern Bereicherung. Und ehrlich, das Jammern können die Deutsche gut auf sehr hohen Niveau.

Dr.Wolfgang Weinz schrieb am 31.03.2016

Und natürlich braucht es eine französische Agenda 2025, um das Land aus der Sklerose zu befreien!

Arbeitslosigkeit, besonders Jugendarbeitslosigkeit ist in Vergleich zu setzen zu Produktivität- , Export- , Investitions- und Innovationsschwäche vor dem Hintergrund merkantilistischer "Industriepolitik" und protektionistischer Arbeitsbeziehungen.

Wer da demonstriert sind Gewerkschaften, die weniger als 10% der Beschäftigten repräsentieren und sich zu mehr also 50% aus dem unproduktiven und unkündbaren Staatssektor rekrutieren.
